

NIEDERSCHRIFT

über die 8. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familien- und Seniorenfragen

vom:	06.04.2001
von:	15.00 Uhr
bis:	16.40 Uhr
Ort:	Rathaus Geisweid Großer Sitzungssaal

Anwesend waren:

I. Vom Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen:

Stv Dr. Stötzel, Wolfgang - als Vorsitzender -
Stv Flohren, Angelika
AM Kaiserling, Carl-Norbert
Stv Katz, Reinhilde
Stv Kleine, Sancho-Antonio - für Stv Elter, Uwe bis 15.40 Uhr -
AM Langer, Günther - für Stv Eberlein, Klaus-Peter -
Stv Neubauer, Hans Peter
Stv Rujanski, Detlef
Stv Schmidt, André
Stv Schulte, Werner - für AM Nell, Karl-Heinz -
AM Sondermann, Brigitte - für AM Kamieth, Jens -
AM Tigges, Johannes

II. Beratende Mitglieder:

AM Kill, Erika
AM Klein, Anneliese - für AM Griffig, Thomas ab 15.30 Uhr -
AM Löwenberg, Horst
AM Mücke, Helga
Stv Nauck, Gerda

III. Aufgrund besonderer Einladung:

Herr Bernhard Noltz	- Geschäftsführer Zentrum für Friedenskultur und Mitglied Lenkungskreis „Lokale Agenda 21“ - bis 16.10 Uhr -
Herr Yasar Datli	- Mitglied Lenkungskreis „Lokale Agenda 21“ - ab 16.05 Uhr bis 16.10 Uhr -

IV. Als Zuhörer:

Stv Groß, Michael

V. Von der Verwaltung:

StR Dr. Rohr
Städt. VD Kühn - bis 16.10 Uhr -
Städt. VD Fischer
VHS-Direktor Fels - ab 15.35 Uhr bis 16.35 Uhr -
StI Engelmann
VA Knocke - bis 16.10 Uhr -
StOI Schöler - als Schriftführer -

Nicht anwesend waren:

Stv Eberlein, Klaus-Peter
Stv Elter, Uwe
AM Kamieth, Jens
Stv Krombach, Ulrich
AM Nell, Karl-Heinz
Stv Strunk, Christine

Zur Tagesordnung:

Der Ausschuss kommt überein, die Tagesordnung im öffentlichen Teil um den Punkt 4.1 zu erweitern.
Da kein Ausschussmitglied der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN anwesend sein kann, einigt sich der Ausschuss darauf, dem Stadtverordneten Michael Groß Rede-recht zu erteilen.

A ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (UWG)

Da kein Ausschussmitglied der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN anwesend ist, wird Herr Kaiserling zur Mitunterzeichnung der Niederschrift bestimmt.

8. AfSFS 06.04.2001

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 25.01.2001

Die Niederschrift wird bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

8. AfSFS 06.04.2001

3. Fragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

8. AfSFS 06.04.2001

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

4.1 Regelmäßige Berichterstattung des städtischen Behindertenbeauftragten

- Antrag der CDU-Fraktion vom 26.03.2001 -

Herr Schmidt ist der Überzeugung, dass die beiden Behindertenbeauftragten eine hervorragende Arbeit leisten. In einem Gespräch wurde jedoch deutlich gemacht, dass sich die Behindertenbeauftragten in ihrer Arbeit in der Verwaltung, insbesondere der Bauverwaltung, zu wenig eingebunden fühlen.

Bei einer Umsetzung und Fortschreibung des seit 1995 gültigen Behindertenplanes sind Änderungen, die seitdem eingetreten sind, zu berücksichtigen, so Herr Rujanski. Ansonsten kann er sich uneingeschränkt dem Antrag anschließen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen des Rates der Stadt Siegen beauftragt die städtischen Behindertenbeauftragten, regelmäßig - mindestens einmal jährlich - einen Bericht über ihre Tätigkeit unter besonderer Berücksichtigung der Umsetzung und Fortschreibung des Behindertenplanes der Stadt Siegen vorzulegen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

8. AfSFS 06.04.2001

5. „Ein Jahr Lokale Agenda in Siegen“; hier: Zwischenbericht der Verwaltung

Vorlagenr. 1052/01 - Vorlage vom 20.03.2001 -

Der Agenda-Prozess ist ein langer und schwieriger Weg, so Herr Kühn. Der heutige Bericht kann daher keine reine Erfolgsmeldung sein. Den Entwurf der Wirkungslosigkeit (siehe entsprechenden Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 05.12.2000) weist er daher entschieden zurück.

Die ABM-Stelle ist nicht, wie in der Verwaltungsvorlage dargestellt, bis zum 30.04.2001, sondern bis zum 31.05.2001 befristet. Nach dem Stellenplan 2001 ist eine Fortführung der Stelle nicht vorgesehen, die Prozessbegleitung muss auf eine andere Grundlage gestellt werden. Durch die Verwaltung sollen moderierende, administrative Hilfestellungen gegeben werden. Eine zentrale Anlaufstelle ist auch nach Wegfall der ABM-Stelle vorzusehen.

Der Agenda-Prozess hat auf verschiedensten Ebenen hohe Erfolgchancen, wenn er auf eine breitere Basis in Form von intensiverer Öffentlichkeitsarbeit gestellt wird.

Herr Noltz erklärt, dass in den verschiedenen Agenda-Gruppen das gesamte Spektrum des Agenda-Prozesses gemeinsam mit Bürgerinnen / Bürgern vor Ort diskutiert wird, um das Verfahren voranzubringen.

Er kann nicht verstehen, dass auf der einen Seite das bürgerschaftliche Element über den Zukunftsrat gestärkt werden soll, auf der anderen Seite jedoch die entscheidende Scharnierstelle zwischen Verwaltung und den Agenda-Gruppen in Form des Agenda-Beauftragten aus dem Verfahren herausgenommen werden soll. Nur durch diesen können die wichtigen überregionalen Kontakte gehalten werden.

Herr Kleine bringt vor, dass sich die CDU-Fraktion vor dem Hintergrund der benötigten Finanzierungsmittel in der Bewertung zurückhält. Die Lokale Agenda steht in Konkurrenz zur Arbeit einer Vielzahl von Verbänden. Bezüglich des vorgeschlagenen Zukunftsrates sieht er erheblichen Diskussionsbedarf (Tätigkeitsfeld, Ziele, Größe, Grad der Eigenständigkeit, Häufigkeit der Tagungen usw.).

Herr Groß ist der Ansicht, dass durch bisherige Aktionen sowohl die Bürger als auch die Verbände nicht genügend motiviert wurden. Die Entstehung von lediglich zehn Arbeitsgruppen zeigt, dass es nur zum Teil gelungen ist, die Bevölkerung ausreichend einzubinden. Diesbezüglich ist erheblich mehr Unterstützung erforderlich.

Da der gesamte Agenda-Prozess in Frage gestellt werden könnte, darf bei den personellen Ressourcen keine Kürzung vorgenommen werden. Eine Übertragung der Verantwortung in die verschiedenen Fachbereiche ist seines Erachtens nicht zweckdienlich. Der Etat der Geschäftsstelle ist zu erhöhen.

Um eine direktere Anbindung der Agenda-Arbeitsgruppen an die politischen Gremien zu gewährleisten, fordert er, künftig den Gruppen mindestens einmal jährlich die Möglichkeit zu geben, die Ergebnisse in den Fachausschüssen vorzutragen. Zugunsten einer nachhaltigen Entwicklung in Siegen begrüßt und unterstützt er ausdrücklich die Einrichtung eines Zukunftsrates.

Den in der Auftaktveranstaltung angekündigten Selbstläufereffekt vermisst Herr Rujanski nach den vergangenen knapp zwei Jahren. Die Arbeitsgruppen haben aktuell kaum mehr Zuwachs. Dringend ist ein Rückblick erforderlich, wobei kritisch zu hinterfragen ist, ob der eingeschlagene Weg sich als richtig herausgestellt hat. Heute ist ihm diesbezüglich keine Aussage möglich.

Herr Schmidt mahnt, mit der heutigen Beratung nicht in den Zuständigkeitsbereich des Haupt- und Finanzausschusses und des Rates einzugreifen.

Gemäß der Vorlage soll weiterhin eine halbe Stelle zugunsten der Lokalen Agenda zur Verfügung stehen, diese hält er für ausreichend.

Er schlägt vor, keine Beschlussempfehlung abzugeben, sondern die Vorlage und den Zwischenbericht lediglich zur Kenntnis zu nehmen.

Es ist zu früh, sich eine abschließende Meinung zu bilden, so auch Frau Nauck. Vor Einrichtung eines Zukunftsrates ist die weitere Entwicklung abzuwarten.

Das Agenda-Verfahren bezeichnet Frau Flohren als richtig und wichtig. Große Probleme hat sie in der Beurteilung des bisherigen Prozesses und des Verwaltungsvorschlages. Mit der Einrichtung eines Zukunftsrates befürchtet sie ein zusätzliches Massengremium neben den bisher beteiligten Arbeitsgruppen und dem Lenkungskreis mit dem dazugehörigen bürokratischen Aufwand. Wünschenswert ist die Fortführung des Agenda-Prozesses bei möglichst minimaler Verwaltungsbeteiligung.

◆◆◆ Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen nimmt die Vorlage zur Kenntnis. Eine Beschlussempfehlung wird nicht ausgesprochen.

8. AfSFS 06.04.2001

6. VHS Siegen;
hier: Siegener Ausweis

Vorlagenr. 1020/01 - Vorlage vom 07.03.2001 -

Nach Auffassung von Herrn Schmidt lässt die Verwaltungsvorlage viele Fragen unbeantwortet. Er beantragt daher, eine neue Vorlage mit zahlreicheren, verständlicheren und nachweisbaren Informationen und Fakten vorzulegen.

Herr Rujanski zeigt auf, dass anhand dieser Vorlage insbesondere die beiden Bereiche „Berufliche Bildung“ und „Sprachen“ kritisch beleuchtet werden sollten. Gerade auf dem Gebiet der Sprachen spricht er sich dafür aus, möglichst zum alten Status zurückzukehren. Die gelieferten Daten sind jedoch nicht ausreichend, um eine abschließende Klärung herbeizuführen.

Im Rahmen der Budgetierung müssten seines Erachtens die Kosten der Teilnahme von Inhabern des Siegener Ausweises an VHS-Kursen aus dem Einzelplan 4 in den Volkshochschulhaushalt transferiert werden.

Wünschenswert nach Meinung von Herrn Löwenberg wäre eine Darstellung der Refinanzierung der Kosten gewesen. Bei den Inhabern des Siegener Ausweises ist aufgrund unterschiedlicher Fortbildungsmöglichkeiten zwischen Sozialhilfeempfängern und Studenten zu trennen. Unter Umständen kann auch eine Kontingierungsregelung eingeführt werden. Hierfür ist jedoch genaueres Zahlenmaterial erforderlich.

Eine neue Vorlage ist zu erstellen, so auch Herr Groß. Ein besonderes Augenmerk ist auf die Neuordnung der Sprachförderung auf Bundesebene zu richten. Entgegen der Aussagen der Verwaltung ist er der Überzeugung, dass Refinanzierungsmöglichkeiten für die betroffenen VHS-Kurse nicht ausgeschöpft sind.

Herr Dr. Rohr erinnert an die Haushaltsrede des CDU-Fraktionsvorsitzenden, wo nach der Zuschussbedarf der Volkshochschule zu hoch sei. Die nunmehr getroffenen Regelungen sind Ergebnis des zwischen den Zeilen zu lesenden Auftrages an die Verwaltung. Er macht darauf aufmerksam, dass bei der Volkshochschule durch die bisherige Siegener Ausweis-Regelung *echte* Kosten entstehen im Gegensatz z. B. zum Bäderbereich. Einen Transfer von Finanzierungsmitteln aus dem Sozial- in den Volkshochschulhaushalt hält er für wünschenswert, aber kaum durchsetzbar.

- ◆◆◆ Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen des Rates der Stadt Siegen nimmt den Bericht der Volkshochschule Siegen zur Kenntnis. Bis zur nächsten Sitzung ist eine überarbeitete Vorlage zu erstellen. Diese hat sämtliche Informationen und Fakten zu enthalten, die zur endgültigen Beurteilung der Frage dienen, zu welchen Konditionen Inhabern des Siegener Ausweises die Teilnahme an VHS-Kursen künftig ermöglicht werden soll.

8. AfSFS 06.04.2001